

Globale Trends Analysen



Peter Draper

Globale Handelskooperation nach COVID-19 und die Zukunft der WTO

02 2020



IMPRESSUM

Herausgegeben von
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef.)
Dechenstr. 2, 53115 Bonn, Deutschland
Bonn 2019

Herausgeber-Team

Internationale Mitglieder: Dr. Adriana E. Abdenur (Instituto Igarapé, Rio de Janeiro), Prof. Dr. Manjiao Chi (University of International Business and Economics, Beijing), Dr. Jakkie Cilliers (Institute for Security Studies, Pretoria), Dr. Tamirace Fakhoury (Lebanese American University, Beirut), Prof. Dr. Siddharth Mallavarapu (Shiv Nadar University, Dadri/Uttar Pradesh), Nanjala Nyabola (politische Analystin, Nairobi), Prof. Dr. Mzukisi Qobo (University of the Witwatersrand, Johannesburg)

Mitglieder der herausgebenden Institutionen: Prof. Dr. Lothar Brock (Goethe-Universität Frankfurt, Mitglied im Beirat der sef.), Dr. Michèle Roth (Geschäftsführerin der sef.), Dr. Cornelia Ulbert (Universität Duisburg-Essen, Wissenschaftliche Geschäftsführerin des INEF und Mitglied im Vorstand der sef.)

Koordinierende Herausgeberinnen: Michèle Roth, Cornelia Ulbert

Übersetzung: Angela Großmann

Lektorat: Ingo Haltermann

Design und Grafik: DITHO Design, Köln

Satz: Gerhard Süß-Jung (sef.)

Druck: DCM Druck Center Meckenheim GmbH

Papier: Umweltzeichen Blauer Engel

Gedruckt in Deutschland

ISSN: 2568-8790

EINFÜHRUNG

Die internationale Handelskooperation ist spätestens seit der Jahrtausendwende zunehmenden Spannungen ausgesetzt. Über weite Teile der ersten Dekade befanden sich Kräfte im Auftrieb, die die Integration des globalen Handels förderten. Sie stützen sich auf eine komplexe Spezialisierung der Produktion, die durch grenzüberschreitende Wertschöpfungsketten ermöglicht, durch die Nachfrage der Verbraucher/innen nach kostengünstigen Produkten untermauert sowie durch regionale und bilaterale Handelsabkommen zementiert wurde. Seit 2008 setzten jedoch wiederholt Schockwellen geballte desintegrative Kräfte frei, die ein Gegengewicht zu den Treibern der Integration bildeten und diese nun zu überwältigen drohen. Dazu gehören der zunehmende Nationalismus und damit verbundene Souveränitätsbestrebungen, wachsende Sorgen über die Ungleichverteilung wirtschaftlicher Globalisierungsvorteile, die Verschiebung der internationalen Machtverhältnisse und daraus resultierende Sicherheitsbedenken. Diese Treiber der Desintegration drohen die Welthandelsorganisation (WTO) zu zersetzen. COVID-19 beschleunigt diese Entwicklung und erschwert die Reform der WTO sowie die Wiederherstellung ihrer zentralen Rolle an der Spitze des Welthandelssystems zunehmend. Dennoch: Auch die Treiber der globalen Handelsintegration haben sich nicht in Luft aufgelöst – jede Krise bietet auch Chancen für Reformen.

◀ AUSGRENZUNG
 ◀ SICHERHEIT
 ◀ GEOPOLITIK
 ◀ SOUVERÄNITÄT
 ◀ NATIONALISMUS

Desintegration

GESUNDHEIT
 MILITÄR NAHRUNGSMITTEL
 Grenzüberschreitende

Militär	Ein nationales Prärogativ, das stark mit Nationalismus und Geopolitik interagiert; die Geopolitik zwingt die Staaten jedoch auch zur Zusammenarbeit, inklusive der Bildung von Allianzen, um die Widerstandsfähigkeit gegen äußere Bedrohungen zu stärken
Gesundheit	Vor allem die Reaktion auf Pandemien; ebenfalls in erster Linie ein nationales Prärogativ mit Dimensionen internationaler Zusammenarbeit, z.B. über die Weltgesundheitsorganisation, aber auch über internationale Forschungs- und Entwicklungskonsortien
Nahrungsmittel	Werden über viele Grenzen hinweg gehandelt; in Krisen besteht jedoch der nationale Impuls, Nahrungsmittel mit Hilfe von Exportbeschränkungen im Inland zurückzuhalten
Vierte Industrielle Revolution	Vorangetrieben durch Fortschritte in der Informations- und Kommunikationstechnologie; Daten überwinden Grenzen zumeist problemlos; entsprechende Technologien haben jedoch ihre desintegrativen Aspekte wie z.B. die Automatisierung – die arbeitskraftintensive ausländische Direktinvestitionen unterminiert – sowie militärische Anwendungen, die Regierungen dazu veranlassen, geistiges Eigentum zu schützen, indem sie Ausländerinnen und Ausländern keinen Zugriff darauf gestatten
Finanzsektor	Kann weiterhin weitgehend frei über internationale Grenzen hinweg agieren, obwohl nach der globalen Finanzkrise in einigen Ländern wieder Kapitalverkehrskontrollen eingeführt wurden und der chinesische Markt dem internationalen Finanzsektor relativ verschlossen bleibt

ABBILDUNG 1

ZENTRIFUGAL- VS. ZENTRIPETALKRÄFTE: DIE GESTALTUNG DER GLOBALEN HANDELSKOOPERATION



Hinweis: Diese Abbildung stellt einen stilisierten Rahmen für das Verständnis der Kräfte dar, die die globale Handelskooperation prägen. Die beiden wichtigsten Kräfte sind Integration und Desintegration. Beide weisen spezifische Treiber auf, die sich an den abgebildeten Pfeilen ablesen lassen. Die gestrichelte Linie, die die beiden primären Kräfte verbindet, repräsentiert die unzähligen grenzüberschreitenden Wertschöpfungsketten. Diese verbinden die verschiedenen Teile der Weltwirtschaft sowohl materiell (Waren, insbesondere Einzelteile und Komponenten) als auch immateriell (geistige Eigentumsrechte, Dienstleistungen, insbesondere datengestützte Dienstleistungen). Auf jeder Seite dieser Trennlinie werden zusätzliche wichtige handelsrelevante Faktoren dargestellt, die jeweils eine eigene Integrations-/Desintegrationsdynamik aufweisen.

1. BESCHLEUNIGTER ZUSAMMENBRUCH DER GLOBALEN HANDELSKOOPERATION

Das vorliegende Papier basiert auf dem Grundgedanken, dass die globale Handelskooperation von integrativen und desintegrativen Kräften gestaltet wird. Diese beiden grundlegenden Kräfte und ihre charakteristischen Treiber sind durch grenzüberschreitende Wertschöpfungsketten miteinander verbunden [siehe Abbildung 1]. Weitere handelsbezogene Kernfaktoren wie „Militär“, „Gesundheit“, „Nahrungsmittel“, die „Vierte Industrielle Revolution“ und der „Finanzsektor“ haben zudem einen besonderen Einfluss auf die Kooperation beim weltweiten Austausch von Gütern und Leistungen. Dieses Grundkonzept basiert auf meiner langjährigen Erfahrung, die ich bei meiner Arbeit im und zum globalen Handelssystem in verschiedenen Funktionen sammeln konnte, und ist somit eine persönliche Interpretation eines zweifellos sehr komplexen Themas. Im Folgenden gehe ich darauf ein, wie sich die internationale Handelskooperation entwickelt hat und wie sie in verschiedenen Zeiträumen von den genannten Triebkräften beeinflusst wurde. Ich beginne mit einer kurzen historischen Betrachtung der letzten zwei Jahrzehnte.

1.1 DIE HOCHPHASE DER INTEGRATIVEN KRÄFTE: DIE DOHA-ENTWICKLUNGSRUNDE DER WTO

Vor der globalen Finanzkrise von 2008 bestimmte eine marktinduzierte Integration die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit. Sie wurde von den USA als einer selbstbewussten militärischen und wirtschaftlichen Supermacht getragen. Angetrieben wurde sie von der Logik der wirtschaftlichen Integration durch „Globale Wertschöpfungsketten“. Spitzenunternehmen oder multinationale Konzerne übernahmen dabei die Führung, durchkämmten die Welt auf der Suche nach Märkten [„Auswahlmöglichkeiten für Verbraucher“ in Abbildung 1] und wählten optimale Produktionsstandorte auf der Basis „komparativer Vorteile“. Dies wurde in einer Vielzahl regionaler wirtschaftlicher Integrationsvereinbarungen [„Regionalismus“] festgeschrieben und auf multilateraler Ebene durch die Gründung der WTO im Jahr 1994 untermauert.

Die Einleitung der globalen Finanzkrise war zugleich der Höhepunkt des neoliberalen „Washingtoner Konsenses“: Er wurde – in der Welt des Handels – mit der Einführung der Entwicklungsagenda von Doha (kurz:

der Doha-Runde) im November 2001 erreicht, die offiziell auf der Vierten Ministerkonferenz der WTO in Doha, Katar, verabschiedet wurde. Vor dem faktischen Scheitern der Runde im Juli 2008 (offiziell besteht sie noch immer) waren gravierende, grundlegende Spannungen entlang einiger alter und neuer Konfliktlinien deutlich geworden (Blustein 2009), insbesondere:

(1) Würde die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bestehende Maschinerie der internationalen Handelsliberalisierung im Rahmen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (GATT) – die sogenannte „Quadriga“ aus den USA, Kanada, der Europäischen Union (EU) und Japan – in der Lage sein, die Abläufe so wie bisher zu steuern [„Geopolitik“ in Abbildung 1]? Die Antwort war ein eindeutiges „Nein“. Dies kam vielleicht am besten in der Symbolik des „Green Room“ („grünes Zimmer“, Sitzungssaal des WTO-Generaldirektors) zum Ausdruck, in dem sich die vier Parteien traditionell trafen, um ihre Vereinbarungen auszuhandeln. Mit zunehmender Komplexität der Runde und ihren Koalitionsdynamiken wurde die Teilnahme an den Beratungen im „Green Room“ auf eine Kerngruppe systemrelevanter Industrie- und Entwicklungsländer ausgeweitet. Pascal Lamy, der damalige Generaldirektor der WTO, beschrieb seinen Ansatz zur Konsensfindung als die Erweiterung konzentrischer Kreise, d.h. die Schaffung einer „Vertragszone“ (Odell 2000) in der neuen Kerngruppe und deren schrittweise Ausweitung auf die weiteren Mitglieder (World Trade Organization 2008).

(2) Auf welche Weise könnten Entwicklungsländer in verschiedenen Entwicklungsstadien und mit unterschiedlichen Ambitionen zur Integration in den Welthandel im Abschlusspaket der Runde oder beim Thema der besonderen und differenzierten Behandlung (Special and Differential Treatment, SDT) berücksichtigt werden? Aus der Sicht vieler Entwicklungsländer deutet das Wort „Entwicklung“ in der Entwicklungsagenda von Doha auf die Priorität ihrer Interessen hin. Vor allem unter den Industrieländern war damals hingegen eine zynische Interpretation weit verbreitet, nach der das Wort „Entwicklung“ als politischer Deckmantel ausreichte, um die multilateralen Verhandlungen in der üblichen Art und Weise fortzuführen.

(3) Würden die Industrieländer lang gehegte Reform-Widerstände aufgeben, insbesondere die im Landwirtschaftsbereich [„Nahrungsmittel“ in Abbildung 1]? Der Umgang damit lässt sich vielleicht am treffendsten als

„SDT der besonderen Art“ bezeichnen – eine häufig geäußerte Bemerkung des damaligen südafrikanischen Handelsministers Alec Erwin.

(4) Wie könnten neue, für die Industrieländer interessante Themen in sinnvoller Weise berücksichtigt werden? Hierzu zählen insbesondere Dienstleistungen und weitreichende regulatorische, nicht-tarifäre (“behind the border“) Verpflichtungen, die als notwendig für das reibungslose Funktionieren globaler Wertschöpfungsketten betrachtet werden. Die Veteranen der Doha-Runde werden sich an den Versuch der USA und der EU erinnern, Wettbewerb, Investitionen und öffentliches Beschaffungswesen einzubeziehen. Dies wurde durch einen losen Zusammenschluss von Entwicklungsländern vereitelt. Eine abgeschwächte Version der Handelserleichterungen blieb übrig und wurde auf der Ministerkonferenz in Bali im Dezember 2013 als eigenständiges multilaterales Abkommen verabschiedet. Es ist das einzige multilaterale Abkommen (d.h. es gilt für alle WTO-Mitgliedstaaten), das unter der Federführung der WTO abgeschlossen wurde.

Der faktische Abbruch der WTO-Verhandlungen vor dem Ausbruch der globalen Finanzkrise signalisierte, dass die Geschäfte nicht wie gewohnt weiterlaufen würden und dass eine Machtverschiebung in vollem Gange war.

1.2 NACH DER FINANZKRISE 2008: DAS PENDEL SCHWINGT IN RICHTUNG DESINTEGRATION

In einem früheren Bericht, den ich mitherausgegeben habe (World Economic Forum 2015), haben wir diesen Zeitraum auf Basis politikwissenschaftlicher Literatur als „das Interregnum“ [„Geopolitik“ in Abbildung 1] bezeichnet. Der Begriff verweist auf eine Periode, in der ein fest verankertes politisch-ökonomisches Regime zusammenbricht, aber noch kein Ersatzregime existiert, das an seine Stelle tritt. Zwar waren Spannungen in den Beziehungen zwischen den USA und China ausschlaggebend für diese Machtverschiebung, doch neben dieser zentralen bilateralen Achse spielten noch weitere Aspekte eine Rolle. Das Wirtschaftswachstum in den Entwicklungsländern übertraf im Allgemeinen auch weiterhin die Wachstumsraten der Industrieländer. Investitionen wie auch Handelsströme richteten sich zunehmend auf eine aufstrebende Gruppe von Entwicklungsländern bzw. aus diesen heraus. Diese Dynamik wurde am besten in zwei einflussreichen Berichten von Goldman Sachs zu den BRIC-Ländern (Brasilien, Russland, Indien und China)

(O'Neill 2001) und den Next Eleven (N-11) (O'Neill et al. 2005) beschrieben. Darin skizzierte die Investmentbank die Konturen des künftigen Wirtschaftswachstums und des Konsums, ausgehend von den genannten aufstrebenden Giganten, die in ihrem Sog die Entwicklungsländer mit mittlerem Einkommen mitziehen würden.

Chinas Einbindung in das globale Handelssystem verstärkte den bereits vor der globalen Finanzkrise auf globaler und regionaler Ebene einsetzenden wirtschaftlichen Integrationstrend (Draper et al. 2009). Dazu trug vor allem die zunehmende Bedeutung des Landes für die Verlagerung globaler Wertschöpfungsketten in Überseestandorte und sein enormes Absatzmarktpotenzial für Konsumgüter bei. Hinzu kamen die Nachwirkungen der in den 1990er Jahren und um die Jahrtausendwende durchgeführten Wirtschaftsreformen in Indien und Brasilien. Während der Verhandlungsmechanismus der WTO zum Stillstand kam, stieg die Zahl der regionalen Wirtschaftsvereinbarungen insbesondere (jedoch keineswegs ausschließlich) im asiatisch-pazifischen Raum weiter stark an [siehe Abbildung 2]. Darüber hinaus zeichneten sich die integrativen Aspekte des als „Vierte Industrielle Revolution“ titulierten Technologie-Clusters [Abbildung 1] ab. Sie sorgten für eine starke Unterstützung der wirtschaftlichen Integration, auch wenn sich der Standort der wirtschaftlichen Aktivitäten verlagerte. Es wird weithin angenommen, dass sich die regulatorische Kluft zwischen diesen Technologien und den internationalen Abkommen zur Handelskooperation vergrößert hat, ungeachtet der regionalen Handelsabkommen („WTO +“), wie z.B. der (inzwischen) Umfassenden und Progressiven Transpazifischen Partnerschaft (Comprehensive and Progressive Trans-Pacific Partnership).

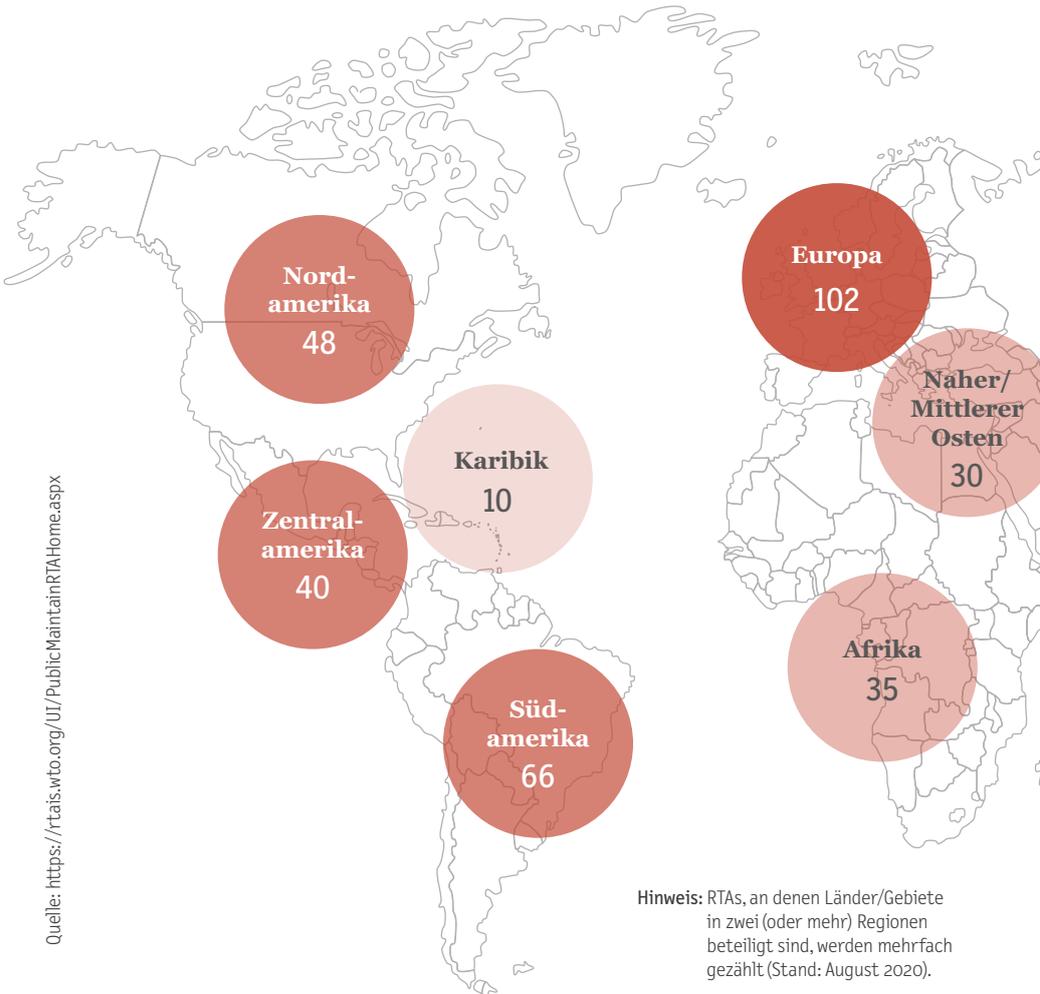
1.3 NACH DER WAHL VON PRÄSIDENT TRUMP: DESINTEGRATIVE KRÄFTE IM AUFWIND

Doch die globale Finanzkrise hatte die Büchse der Pandora geöffnet. Bereits wirkende desintegrative Kräfte gipfelten in der Wahl von Präsident Donald Trump in den USA und ähnlichen Entwicklungen in Europa [in Abbildung 1 „Souveränität“ (z.B. „Brexit“), „Ausgrenzung“ und das damit verbundene Wiedererstarken des „Nationalismus“]. Die Handelspolitik der Trump-Administration und ihre so genannten „Handelskriege“ (Draper 2019) brachten diesen Kurswechsel zum Ausdruck und verstärkten ihn noch. Mit ihrer Betonung der Handelsbilanz nahm diese Politik offenkundig und zunehmend

ABBILDUNG 2

IMMER MEHR REGIONALE HANDELSABKOMMEN (REGIONAL TRADE AGREEMENTS, RTAs) SEIT DEN FRÜHEN 1990ER JAHREN

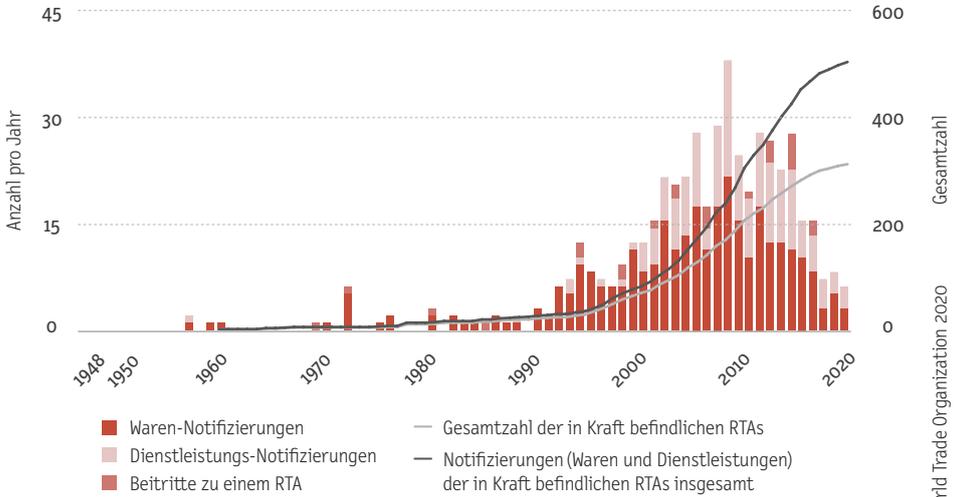
In Kraft befindliche RTAs, Beteiligung nach Region



Quelle: <https://rtais.wto.org/UI/PublicMaintainRTAHome.aspx>

Hinweis: RTAs, an denen Länder/Gebiete in zwei (oder mehr) Regionen beteiligt sind, werden mehrfach gezählt (Stand: August 2020).

Derzeit in Kraft befindliche RTAs (nach Jahr des Inkrafttretens), 1948–2020



Hinweis: Notifizierungen von RTAs: Waren, Dienstleistungen und Beitritte zu einem RTA werden separat gezählt. Die kumulativen Linien zeigen die Anzahl der derzeit in Kraft befindlichen RTAs/Notifizierungen an (Stand: August 2020).



* Gemeinschaft Unabhängiger Staaten

merkantilistische Züge an. Gleiches gilt für die Entwicklungen in China. Bereits vor der Ernennung von Xi Jinping zum Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas im Jahr 2013 setzten Veränderungen ein, die anschließend in einer scharfen Wende hin zu einem auf wieder erstarkenden Staatsbetrieben (State-Owned Enterprises, SOEs) basierenden Staatskapitalismus mündeten.

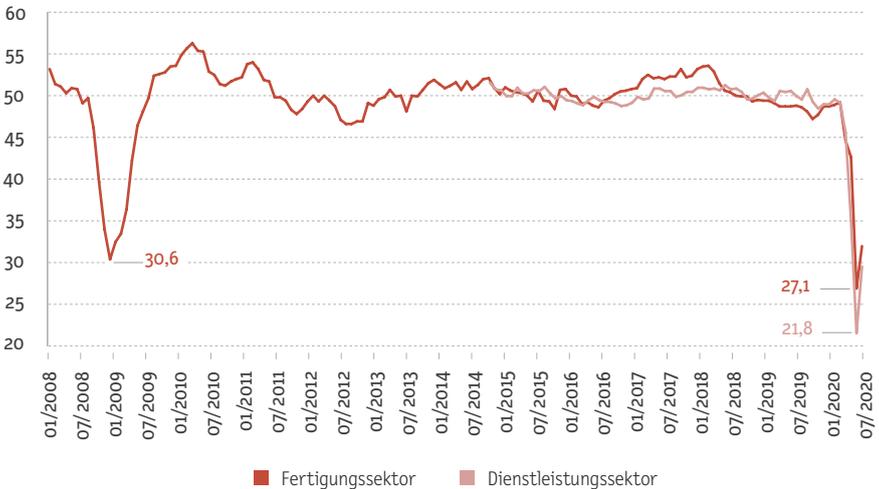
Die EU hat darauf mit einem explizit „geopolitischen“ Kurs reagiert, der zum einen die Wiederbelebung zuvor diskreditierter Vorstellungen von Industriepolitik unter dem Motto der wirtschaftlichen Souveränität enthielt und zum anderen China sowohl als „systemischen Rivalen“ wie auch als „strategischen Partner“ einstuft. Chinas wirtschaftlicher Aufstieg und seine Investitionen in die Modernisierung des Militärs verliehen diesen Tendenzen einen entschiedenen militaristischen Beigeschmack [„Sicherheit“ in Abbildung 1]. Gleichzeitig hat die weltweite Projektion des autoritären Regierungsmodells der Kommunistischen Partei Chinas die Position relativer Autorität der westlichen Demokratie in Frage gestellt. Diese verschärften geopolitischen Spannungen rücken zum einen „militärische“ Einrichtungen zunehmend in den Fokus. Zum anderen führen sie zu heftigen Auseinandersetzungen darüber, wer die Kontrolle über den Cluster der Technologien der „Vierten Industriellen Revolution“ ausüben wird. Als Reaktion darauf beschränken westliche Regierungen, angeführt von den USA und teilweise Australien, den Zugang zu ihren Märkten für Investitionen in Dual-Use-Technologien (Technologien mit sowohl zivilen, als auch militärischen Anwendungsmöglichkeiten; man denke an Huawei), sowie für Auslandsinvestitionen ihrer eigenen Firmen in die geopolitische Konkurrenz, insbesondere in China. An der Handelsfront geht dies mit verstärkten Exportkontrollmaßnahmen für dasselbe Cluster von Dual-Use-Technologien einher. Gleichzeitig regt sich in den westlichen Gesellschaften Widerstand gegen die sozialen Auswirkungen einiger Aspekte der Technologien der „Vierten Industriellen Revolution“. Dies zeigt sich zunehmend in Forderungen nach der Kontrolle personenbezogener Daten, und mündet in entsprechenden politischen Strategien, die darauf abzielen, die Macht der überwiegend US-amerikanischen multinationalen Unternehmen zu kontrollieren, die diese technologischen Entwicklungen vorantreiben.

1.4 COVID-19 VERSTÄRKT DESINTEGRATIVE TENDENZEN

Folglich trifft die COVID-19-Pandemie [Aspekt „Gesundheit“ in Abbildung 1] auf einen seit mindestens 2010 ablaufenden, sich beschleunigenden Desintegrationsprozess, dessen desintegrative Kräfte sie noch verstärkt. Insbesondere sind die nationalen Regierungen meist dem Rat ihrer medizinischen und wissenschaftlichen Einrichtungen gefolgt und haben ihre Länder und Bürger/innen durch Selbstisolation abgeschottet. Daraus lassen sich zwei positive Schlüsse ziehen: dass wissenschaftlicher Rat und medizinisches Wissen in einer zunehmend populistischen Welt nach wie vor geschätzt werden, und dass die mit der länderübergreifenden Zusammenarbeit in internationalen Gesundheitsfragen beauftragte Organisation der Vereinten Nationen – die Weltgesundheitsorganisation (WHO) – nach wie vor relevant ist. Bedauerlicherweise hat die Umsetzung der medizinischen Ratschläge zu einer dramatischen Beeinträchtigung der Wirtschaft und des internationalen Handels geführt [Abbildung 3]. Ökonomen identifizieren drei Komponenten dieser wirtschaftlichen Beeinträchtigung: einen finanziellen Schock, der zu

ABBILDUNG 3

Die Corona-Pandemie bewirkt einen deutlicheren Rückgang des internationalen Handels als die globale Finanzkrise im Jahr 2008
Indizes für neue Exportaufträge, gemäß globalem Einkaufsmanagerindex (EMI), Januar 2008 – Mai 2020



Hinweis: Index, Basis = 50. Werte über 50 weisen auf eine Ausweitung hin, während Werte unter 50 einen Rückgang signalisieren.

Quelle: IHS Markit (zitiert in World Trade Organization 2020, S. 26)

einem Zusammenbruch der Aktienmärkte geführt hat; einen Angebotsschock, da Fabriken schließen, Arbeiter/innen nach Hause geschickt werden und der internationale Handel eingeschränkt wird; und einen Nachfrageschock, da Unternehmen schließen, weniger Handel treiben und die Arbeitslosenzahlen rasch zunehmen. Im Gegensatz dazu war die globale Finanzkrise in erster Linie durch einen Finanzschock gekennzeichnet, der durch massive geldpolitische Impulse, Bankenrettungspakete und gezielte fiskalische Unterstützungsmaßnahmen „kuriert“ werden konnte. Die Reaktion auf die COVID-19-Krise hat weltweit und insbesondere in den Industrieländern zu massiven geld- und fiskalpolitischen Impulsmaßnahmen geführt. So schlimm die Lage in den großen Volkswirtschaften auch ist, die wirtschaftlichen Schocks werden in den Entwicklungsländern viel stärker zu spüren sein, wo Regierungen und Gesellschaften weit weniger widerstandsfähig sind und viel schwächere Gesundheitssysteme haben (Eichengreen 2020).

Unterbrechungen der Lieferketten infolge der weltweit durchgeführten Isolierungsmaßnahmen gingen mit Handelsmaßnahmen unter dem Motto „Sicken thy neighbour“ (in etwa: „Ruiniere deinen Nachbarn“; in: Global Trade Alert 2020) einher. In vielen Ländern werden auf individueller, subnationaler und nationaler Ebene lebenswichtige Medikamente, persönliche Schutzausrüstung, Beatmungsgeräte und jetzt auch Nahrungsmittel gehortet [Abbildung 6]. Bekanntlich treibt das Horten durch Bürgerinnen und Bürger auf dem heimischen Markt die Preise in die Höhe, weil vorübergehend Engpässe entstehen. In ähnlicher Weise führt das entsprechende Verhalten von Regierungen durch Exportbeschränkungen zu einer Verknappung des internationalen Angebots. Importeure werden gefährdet und die internationalen Preise in die Höhe getrieben. Es wird von unschönen Praktiken berichtet, wonach z.B. für ein konkretes Land bestimmte Sendungen auf Start- und Landebahnen von Flughäfen abgefangen und in ein anderes, mehr Geld bietendes Land umgeleitet wurden. Es kam zu einem starken Preisanstieg bei eben diesen medizinischen Verbrauchsgütern, wobei Engpässe bei wichtigen Ressourcen („critical inputs“) – die häufig normalerweise aus dem Ausland bezogen werden – die Situation noch verschärften. Transportbeschränkungen, insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr, haben die Lieferketten nicht nur bei medizinischen Geräten erheblich beeinträchtigt. Regierungen, insbesondere konservative Regierungen, zwingen daher Unternehmen zur Herstellung wichtiger medizinischer Produkte, womit sie eine Wirkmacht entfalten, wie es sie zumindest in westlichen Demokratien seit dem Zweiten

Weltkrieg nicht mehr gegeben hat. Insgesamt könnten diese kurzfristigen Auswirkungen für finanzschwache Verbraucher/innen und Entwicklungsländer verheerend sein: Insbesondere die Kombination mit der plötzlichen, massiven Arbeitslosigkeit weltweit, zu der die oben beschriebene, durch die Selbstisierungsmaßnahmen im Rahmen von COVID-19 ausgelöste multidimensionale Wirtschaftskrise geführt hat, verschärft die Lage.

Es ist klar, dass dies keine normalen Zeiten sind. So wie sich das Individuum in Krisenzeiten zuerst um die eigene Familie kümmert, sollten Regierungen zunächst für ihre eigenen Bürger/innen verantwortlich sein. Diese starken menschlichen Impulse beschleunigen den Zusammenbruch der internationalen Zusammenarbeit und werden weiter anhalten bis die Krise vorüber ist. Zu dieser bereits düsteren wirtschaftlichen Abwärtsspirale kommt noch die Verschärfung der unterschweligen geopolitischen Spannungen hinzu: Die Großmächte, insbesondere die USA und China, versuchen, die Schuld für den Ausbruch der Krankheit dem jeweils anderen in die Schuhe zu schieben und Lob für ihren eigenen Umgang damit zu ernten. Darüber hinaus ist nicht klar, wann die Sturmwolken des Virus vorüberziehen werden. So könnten sich die Folgen der globalen Selbstisierung in den kommenden Monaten noch intensivieren. Und was vielleicht am wichtigsten ist – es ist nicht klar, ob die Handelsrestriktionen nach Abflauen der Krise wieder aufgehoben werden.

Insgesamt hat die „Gesundheits“-Krise die Probleme im Kontext von „Souveränität“ und „Nationalismus“ weiter angefacht, die bereits vor dem Ausbruch der Krankheit bestanden. Folglich besteht eine starke Korrelation zwischen „Gesundheitsschutz“, „nationaler Sicherheit“ und „Ernährungssicherheit“, die in dieser Intensität wahrscheinlich in der Geschichte einmalig ist. Dem steht das bewährte und allgemein vorteilhafte Zusammenspiel der Kräfte gegenüber, die mit der Dynamik und der wirtschaftlichen Integration der globalen Wertschöpfungsketten verbunden sind – und die trotz starken Gegenwinds weitgehend intakt bleiben. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, dass nach der Krise Versorgungsketten, die für die Aufrechterhaltung der nationalen Sicherheit als besonders relevant eingestuft werden [in Abbildung 1 „Militär“, „Gesundheit“ und „Nahrungsmittel“], an einigen Orten und von einigen Akteuren weiterhin mit anderen Augen gesehen werden. Für andere wiederum hat die Krise das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Offenheit und internationaler Handelskooperation noch verstärkt.

Die beschriebene Dynamik der sich intensivierenden Desintegration fließt unerschwerlich in die Strukturen der internationalen Diskussionen darüber ein, was zur Reform der WTO getan werden muss. Einerseits wird es dadurch umso dringlicher, die Relevanz der WTO wiederherzustellen, andererseits wird jedoch ihre Existenzberechtigung untergraben – nämlich die Förderung der globalen Wirtschaftsintegration durch Handel.

2. IMPLIKATIONEN FÜR REFORMIERUNG DER WTO

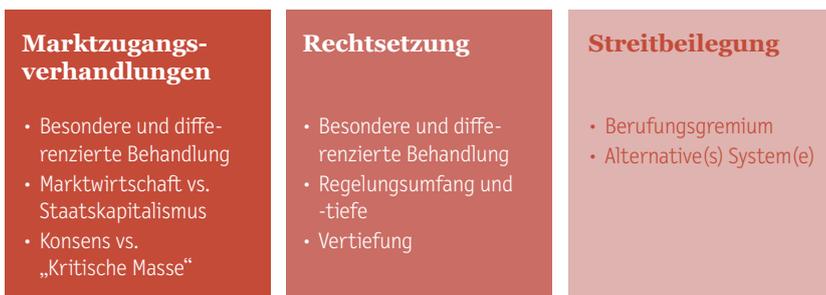
Im folgenden Abschnitt erläutere ich zunächst meine Sichtweise auf die politischen Konturen der wichtigsten, in Genf und in den Hauptstädten der WTO-Mitglieder breit diskutierten Reformvorschläge. Angesichts ihrer Vielzahl und der Mannigfaltigkeit der behandelten Aspekte verfolge ich aus Platzgründen einen übergeordneten Ansatz „aus der Vogelperspektive“. Vor dem Hintergrund der oben diskutierten, die internationale Handelskooperation plötzenden Kräfte betrachte ich anschließend die Erfolgsaussichten.

2.1 REFORMTHEMEN

Die für eine Reform der WTO maßgeblichen zentralen Themen, die ihre Relevanz für eine moderne Handelsordnung gewährleisten, sind entsprechend den drei etablierten WTO-Säulen strukturiert: Marktzugangsverhandlungen, Rechtsetzung und Streitbeilegung [siehe Abbildung 4].

ABBILDUNG 4

Zentrale Themen der WTO-Reformagenda



Quelle: Autor

Was die Verhandlungen über den Marktzugang betrifft, so ist das Zustandekommen multilateraler Abkommen unter der Schirmherrschaft der WTO heute eine nahezu unmögliche Aufgabe. Seit dem Abschluss der Uruguay-Runde und der Gründung der WTO im Jahr 1995 ist das Abkommen über Handelserleichterungen (Trade Facilitation Agreement) das einzige neue multilaterale Abkommen, das von den Mitgliedstaaten ausgehandelt wurde. Sogar die Aussichten auf ein multilaterales Abkommen über Fischereisubventionen – ein potenziell sehr positiver Beitrag zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) – erscheinen derzeit düsterer denn je.

Meiner Ansicht nach sind zwei Probleme der Grund für diese Sackgasse: unterschiedliche Erwartungen in Bezug auf die „besondere und differenzierte Behandlung“, wobei insbesondere die Behandlung großer Entwicklungsländer (vor allem Chinas) zentral ist; und die damit verbundene Frage, wie staatskapitalistische Volkswirtschaften erfolgreich in einen marktwirtschaftlichen Klub integriert werden können. Die Frage der besonderen und differenzierten Behandlung hat den Anstoß zu einer potenziellen „Zurück in die Zukunft“-Lösung gegeben. Dies bedeutet, dass verstärkt auf „plurilaterale“ Verhandlungen mit Teilgruppen der WTO-Vollmitglieder [siehe Abbildung 5] oder auf „Koalitionen der Willigen“ ausgewichen wird. Länder, die Zugeständnisse machen, sind dabei bereit, ihre Verpflichtungen einseitig zu multilateralisieren (d.h. sie verlangen den nicht an den Verhandlungen beteiligten Parteien keine Verpflichtungen ab). Dies funktioniert aber nur dann, wenn das „Trittbrettfahren“ dadurch minimiert werden kann, dass alle großen, an den jeweiligen Verhandlungen beteiligten Handelsmächte (sprich: eine „kritische Masse“) die Ergebnisse unterstützen. Wie in Abschnitt 1.2 erwähnt, bleiben zahlreiche Entwicklungsländer von diesem Ansatz ausgeschlossen. Dies führt häufig zu Versuchen, Fortschritte bei verschiedenen Themen aufzuhalten, um die wichtigsten Akteure zu einer Rückkehr an den Doha-Verhandlungstisch zu bewegen. Dies scheint jedoch lediglich die Entschlossenheit der großen Handelsmächte verstärkt zu haben, sowohl die Zahl der plurilateralen Initiativen als auch die der daran teilnehmenden Ländern zu erhöhen. Insbesondere die USA haben vor kurzem nachdrücklich betont, dass die besondere und differenzierte Behandlung reformiert werden muss und welche Länder dabei berücksichtigt werden sollten (United States Trade Representative 2020).

ABBILDUNG 5

Abgeschlossene plurilaterale Übereinkommen im multilateralen Handelssystem

Tokio-Runde (1973 – 1979)

Sektoren

- Internationales Übereinkommen über Milcherzeugnisse
- Internationales Übereinkommen über Rindfleisch
- Übereinkommen über den Handel mit Zivilluftfahrzeugen

Regeln

- Übereinkommen über technische Handelshemmnisse
- Übereinkommen über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen
- Übereinkommen über Anti-Dumping-Maßnahmen
- Übereinkommen über den Zollwert
- Übereinkommen über Einfuhrlicenzverfahren

Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (1)

Uruguay-Runde (1986 – 1993)

- Aufnahme der Regeln der Tokio-Runde sowie der Übereinkommen über Milch- und Rindfleisch in das Gesamtpaket
- Fortschreibung der Übereinkommen über die Zivilluftfahrt und das öffentliche Beschaffungswesen

Nach der Uruguay-Runde

Güter

- Pharma-Abkommen
- Übereinkommen über die Informationstechnologie (1 und 2)

Dienstleistungen

- Übereinkommen über Basistelekommunikationsdienste + „Referenzpapier“ für den Telekommunikationssektor
- Vereinbarung über Verpflichtungen im Bereich der Finanzdienstleistungen

Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (2)

Quelle: Autor

Während sich Marktzugangsverhandlungen wie die Neufestsetzung von Importzöllen für eine unilaterale Umsetzung eignen, ist die Rechtsetzung ein komplexeres Unterfangen, da sie in der Regel für alle Mitglieder gelten muss. Auch hier ist die besondere und differenzierte Behandlung ein zentrales Anliegen: Entwicklungsländer auf unterschiedlichen Entwicklungsstufen mögen der Auffassung sein, dass es ihnen nicht möglich ist, Regeln umzusetzen, die eher auf die institutionellen Möglichkeiten und Gegebenheiten der Industrieländer zugeschnitten sind. Im Rahmen des GATT wurde dieses Problem dadurch gelöst, dass die ärmsten Länder von bestimmten Regeln befreit werden konnten und/oder ihnen eine längere Frist für die Erfüllung

dieser Regeln eingeräumt wurde. Das Abkommen über Handelserleichterungen bietet einen anderen Lösungsansatz: Sowohl die Formulierung der Verpflichtungen als auch ihre Umsetzung sind für die Entwicklungsländer gestaffelt. Die Umsetzung bestimmter Verpflichtungen ist zudem an den Erhalt von „Handelshilfe“-Mitteln geknüpft.

Die Vereinbarung über Streitbeilegung (Dispute Settlement Understanding, DSU) wird umgangssprachlich als das „Kronjuwel“ der WTO bezeichnet. Die WTO unterscheidet sich durch verbindliche Entscheidungen im Rahmen ihres Streitbeilegungsmechanismus' von anderen multilateralen Institutionen, ungeachtet der offenkundigen Unzulänglichkeiten des Systems. In letzter Zeit hat das Berufungsgremium seine Arbeit eingestellt, da die USA auf seine Reformierung gedrängt und die Ernennung neuer Richter blockiert haben, die die aus dem Amt geschiedenen ersetzen sollten. Ohne ein funktionierendes Berufungsgremium werden die Einsprüche von Ländern gegen unliebsame Panel-Berichte „ins Leere laufen“ (Pauwelyn 2019), wenn sie Entscheidungen, die ihnen nicht gefallen, verhindern wollen. Diese Situation ist eindeutig unhaltbar, und daher ist die Reform des Berufungsgremiums eine besonders dringende Angelegenheit.

2.2 REFORMAUSSICHTEN

Auf dem Gebiet der Marktzugangsverhandlungen sind einige Fortschritte zu verzeichnen. Dies betrifft die auf der WTO-Ministertagung in Buenos Aires im Dezember 2017 ins Leben gerufenen Initiativen zu gemeinsamen Erklärungen („Joint Statement Initiatives“) über elektronischen Handel („E-Commerce“), Investitionserleichterungen und Kleinst-, Klein- und mittleren Unternehmen. Die E-Commerce-Initiative hat zu plurilateralen Verhandlungen geführt, die sich sowohl auf den Marktzugang als auch auf Regeln erstrecken. Da jedoch grenzüberschreitende Datenflüsse für den E-Commerce und den digitalen Handel von zentraler Bedeutung sind, sind die diesbezüglichen Verhandlungen heikel. Die unterschiedlichen Standpunkte der USA, der EU und Chinas in Bezug auf die Datenkontrolle sind eines der Hauptprobleme (Gao 2020). Sie beruhen auf den Spannungen zwischen Marktwirtschaft und Staatskapitalismus, die im Zentrum der Reformagenda stehen. Sie verdeutlichen aber auch die zunehmende Besorgnis hinsichtlich Geopolitik und Sicherheit, nämlich, wer den künftigen Verlauf der „Vierten Industriellen Revolution“ kontrollieren wird. Die Erwartungen der Teilnehmenden aus Entwicklungsländern an

die besondere und differenzierte Behandlung sind eine weitere Schwachstelle. Die Verhandlungen werden zwar weitergeführt – wenn auch durch COVID-19 unterbrochen – die Jury ist jedoch immer noch skeptisch, ob eine Einigung erzielt werden kann, die zu einem substantziellen Abkommen führt.

Die Reform der Regeln für Industriesubventionen ist wohl der umstrittenste Punkt auf der Reformagenda. Die USA, die EU und Japan haben eine Reihe von Konsultationen zu diesem Thema durchgeführt, wobei Chinas Staatsbetriebe (SOEs) und undurchsichtige Finanzierungssysteme ins Visier genommen wurden (Trilateral Meeting 2020). Im Wesentlichen wollen diese Länder durch eine Reform des Übereinkommens über Subventionen und Ausgleichsmaßnahmen (Agreement on Subsidies and Countervailing Measures, ASCM) den Spielraum für Subventionen einengen, die an und durch staatliche Unternehmen gezahlt werden. Sie möchten auch die Einführung von Ausgleichsmaßnahmen (sogenannten „anfechtbaren“ Subventionen) erleichtern, indem sie die Beweislast für Mitglieder umkehren, die ihren Unternehmen angeblich schädliche Subventionen gewähren. Das bedeutet, das subventionierende Mitglied muss nachweisen, dass die entsprechenden Fördermaßnahmen de facto nicht schädlich sind. Darüber hinaus wollen sie die Meldepflichten für Subventionen ausweiten und Vergeltungsmaßnahmen von Mitgliedstaaten für den Fall zulassen, dass keine Meldungen erfolgen. China lehnt diese Agenda ab und hat einen eigenen Ansatz für die WTO-Reform vorgelegt, den man vermutlich als defensiv und inkrementell bezeichnen könnte (Lu 2019).

Im Hinblick auf das Berufungsgremium verfolgen die WTO-Mitgliedstaaten offenbar einen zweigleisigen Ansatz: Erstens, die Trump-Administration auszusitzen und zu hoffen, dass der nächste US-Präsident einen weniger harten Kurs einschlagen wird. Wenn sich dies bewahrheiten sollte, könnten die Verhandlungen über notwendige Reformen des Berufungsgremiums vielleicht wiederaufgenommen werden. Zweitens, das Berufungsgremium zu umgehen, indem ein paralleler Schlichtungsmechanismus eingerichtet wird, der Artikel XXV der Streitbeilegungsvereinbarung unterliegt. 16 Mitgliedstaaten und die EU sind dieser Vereinbarung bisher beigetreten (European Commission 2020). Dieses Mal stehen die EU und China auf derselben Seite – gegen die USA – allerdings hat auch Japan noch nicht unterzeichnet.

2.3 WIE WIRKT SICH COVID-19 AUF DIE AUSSICHTEN FÜR EINE REFORM DER WTO AUS?

Insgesamt sind die Aussichten für Verhandlungsfortschritte und sinnvolle Reformen innerhalb der WTO schlecht. Ironischerweise bietet COVID-19 gewisse Chancen für eine Wiederbelebung der Verhandlungen, obwohl das allgemeine Klima in und um Genf für sinnvolle Fortschritte nicht gerade förderlich ist.

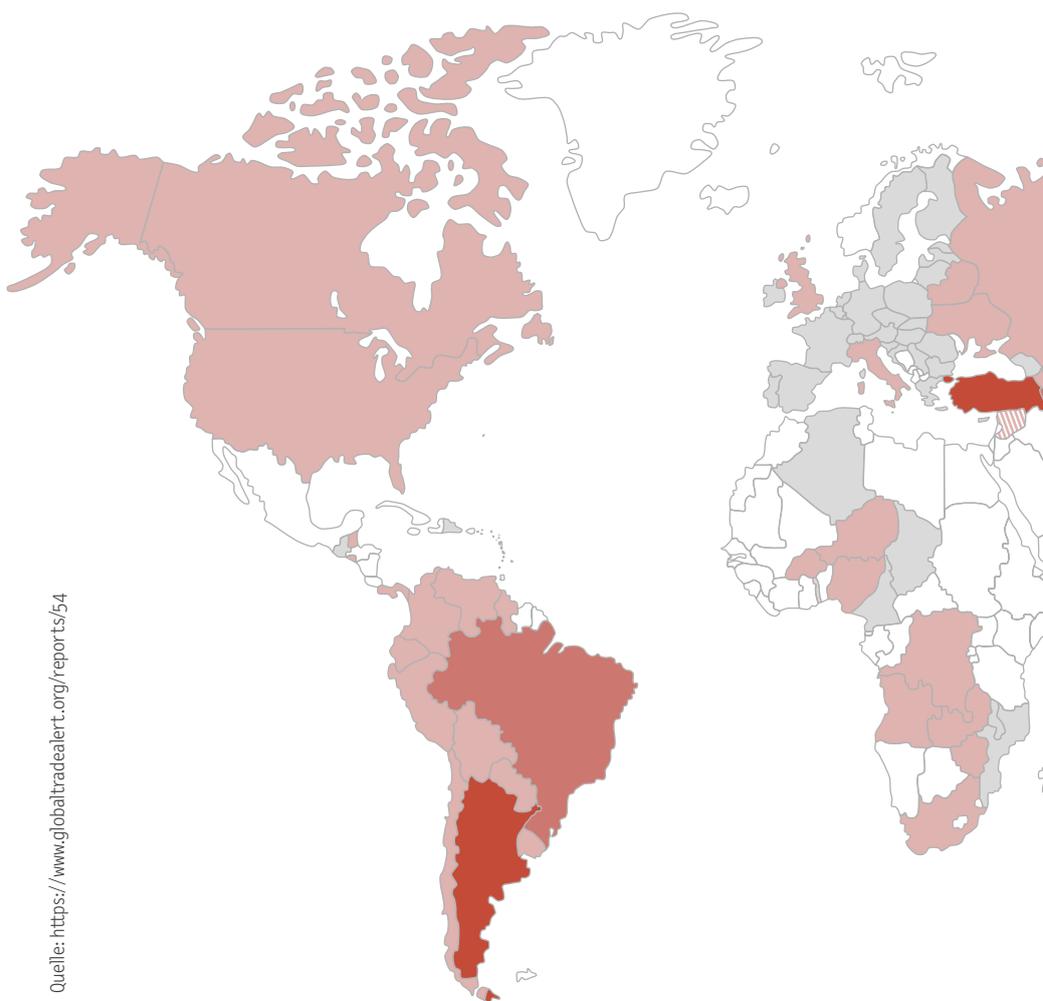
Da viele Länder die Einfuhrzölle auf Arzneimittel gesenkt haben [Abbildung 6], sollten insbesondere plurilaterale Verhandlungen möglich sein, die auf eine Senkung und/oder Abschaffung von Einfuhrzöllen auf lebenswichtige Gesundheitsausstattung, Arzneimittel und damit zusammenhängende Ressourcen zielen, die für ein reibungsloses Funktionieren der entsprechenden länderübergreifenden Wertschöpfungsketten erforderlich sind. Dies würde es ermöglichen, Lagerbestände für künftige Krisen anzulegen und Produktionskapazitäten aufzubauen – sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene. Da es in erster Linie um Importzölle geht, sollte ein Abkommen auf Meistbegünstigungsbasis angestrebt werden, sobald eine ausreichende Anzahl wichtiger Handelspartner dafür votiert. Ein solches Abkommen bedeutet, dass die daraus resultierenden Zollermäßigungen multilateralisiert würden, so dass auch nicht an dem Abkommen beteiligte Länder davon profitieren könnten. Das Abkommen würde auf dem Pharma-Übereinkommen von 1995 aufbauen, einem bereits bestehenden plurilateralen Abkommen, demzufolge zwei Drittel des weltweiten Arzneimittelhandels zollfrei zwischen den 34 Vertragsstaaten abgewickelt werden. Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) hat zum Beispiel vorgeschlagen, das Abkommen auf medizinische Verbrauchsgüter, Ausrüstungen und Technologien sowie persönliche Schutzausrüstungen auszuweiten (Deutscher Industrie- und Handelskammertag 2020).

Die Mitgliedstaaten könnten auch plurilaterale Verhandlungen aufnehmen, um die Subventionierung inländischer Unternehmen durch die vielen, von nationalen Regierungen geschnürten Rettungspakete zu begrenzen, zu steuern oder zumindest die schwerwiegendsten handelsverzerrenden Subventionen abzubauen. Natürlich müssten sie dafür sorgen, dass genügend politischer Spielraum bleibt, um inländische und regionale Reaktionskapazitäten für künftige Gesundheitskrisen aufzubauen (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2020). Diese Verhandlungen

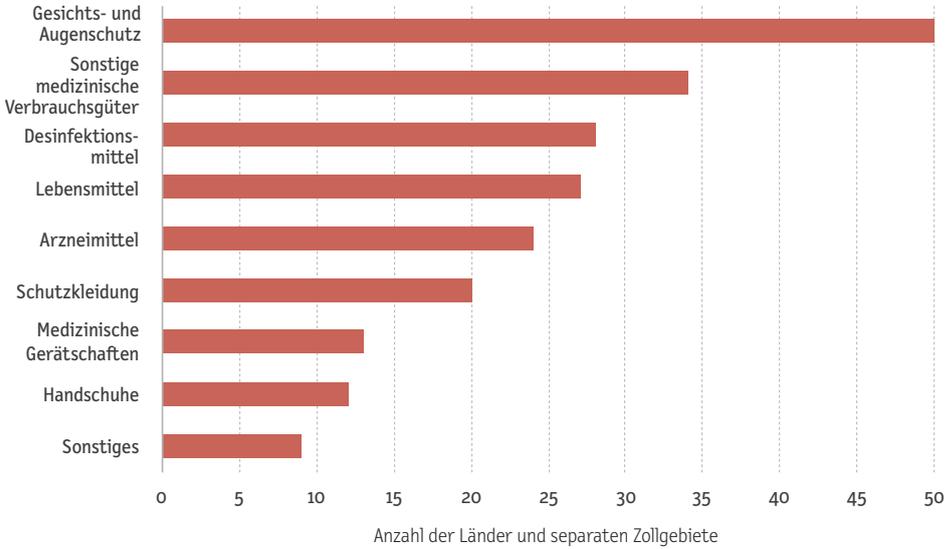
ABBILDUNG 6

EXPORTBESCHRÄNKUNGEN VS. REFORMEN DER IMPORTPOLITIK IM GESUNDHEITSEKTOR ALS REAKTION AUF COVID-19

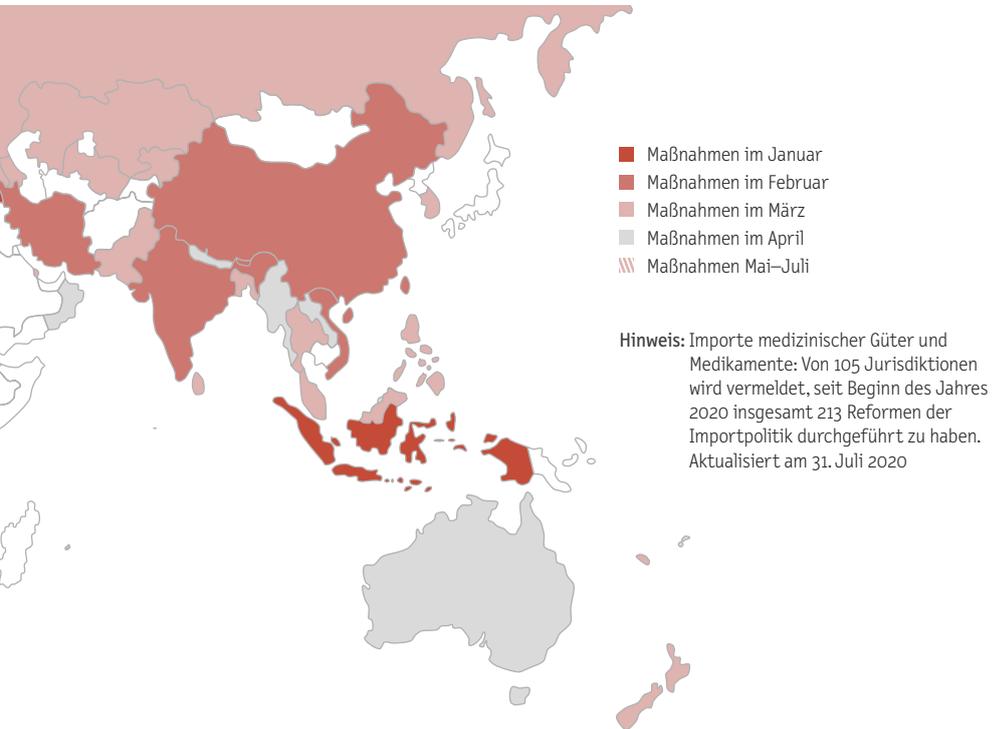
Weltweite Reformen der Importpolitik für medizinische Güter und Medikamente infolge der Corona-Krise
Januar–Juli 2020



Anzahl der Länder/separaten Zollgebiete, die aufgrund von COVID-19 Ausfuhrbeschränkungen eingeführt haben, nach Produktkategorien (Stand: 9. August 2020)



Quelle: <https://www.macmap.org/covid19>



gen sollten sich sowohl auf Waren als auch auf Dienstleistungen erstrecken. Dies ist wichtig, da letztere im globalen Handel zunehmend an Bedeutung gewinnen, aber auch in Anbetracht des Ausmaßes, in dem wesentliche Dienstleistungen während der Pandemie zu Lasten länderübergreifender Aktivitäten in der Wertschöpfungskette negativ beeinflusst wurden.

Darüber hinaus könnten die Mitgliedstaaten multilaterale Diskussionen in der WTO initiieren, um die Steuerung der Ausnahmeklauseln des GATT eindeutiger zu regeln, insbesondere:

- (1) GATT-Bestimmungen, die sich auf Ausfuhrbeschränkungen beziehen: Ziel wäre es, die Bedingungen zu verschärfen, unter denen auf sie zurückgegriffen werden kann. Beispielsweise könnten Konsultationen mit den zuständigen internationalen Organisationen, wie beispielsweise der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), vor der Einführung von Exportbeschränkungen verbindlich vorgeschrieben werden. Diese Konsultationen könnten durch eine technische Analyse der Marktbedingungen und der möglichen Auswirkungen auf die Importländer ergänzt und die Ergebnisse veröffentlicht werden, um mehr Transparenz zu schaffen.
- (2) Die Ausnahmen zur Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen (Artikel XXI, „Security Exception“): Sie wurden vor COVID-19 einer eingehenden Prüfung unterzogen, da einige Mitgliedstaaten, insbesondere die USA, zunehmend von ihnen Gebrauch machten. Auch hier sollte der Zweck darin bestehen, die Bedingungen, unter denen bisher auf Ausnahmen zur Wahrung nationaler Sicherheitsinteressen zurückgegriffen werden konnte, zu verschärfen und nicht, die Ausnahmeregelungen abzuschaffen, nicht zuletzt, weil das Ziel der Abschaffung keine Option ist.

Es ist eine große Herausforderung, in der WTO etwas zu erreichen. Vor COVID-19 waren die Aussichten für eine Reform der WTO sehr gering. Nichtsdestotrotz unterstützten die G20 zumindest eine WTO-Reformagenda, die nun aktualisiert werden muss, um den Erfordernissen von COVID-19 Rechnung zu tragen. In der Tat gibt COVID-19 einen gewissen Anstoß, in welche Richtung die Reform gehen sollte. Oder, wie schon Winston Churchill sagte: „Never waste a good crisis!“

LITERATUR

- BLUSTEIN, PAUL** 2009: Misadventures of the most favored nations: clashing egos, inflated ambitions, and the great shambles of the world trade system, New York: PublicAffairs.
- DEUTSCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERTAG** 2020: Ideenpapier Ausweitung WTO Pharma-Abkommen, o.O. (<https://www.dihk.de/resource/blob/23282/dc2c6261675dbf3ee3c47f61996ffaa7/dihk-ideenpapier-ausweitung-wto-pharma-abkommen-data.pdf>, 04.09.2020).
- DRAPER, PETER** 2019: How should Africans respond to the investment, technology, security, and trade wars? (Africa in Focus, 30.09.2019), Washington, D.C.: The Brookings Institution (<https://www.brookings.edu/blog/africa-in-focus/2019/09/30/how-should-africans-respond-to-the-investment-technology-security-and-trade-wars/>, 04.09.2020).
- DRAPER, PETER/SALLY, RAZEEN/ALVES, PHILIP (HG.)** 2009: The Political Economy of Trade Reform in Emerging Markets, Cheltenham: Edward Elgar.
- EICHENGREEN, BARRY** 2020: The most serious crisis of all (East Asia Forum, 12.04.2020), o.O. (<https://www.eastasiaforum.org/2020/04/12/the-most-serious-crisis-of-all/>, 04.09.2020).
- EUROPEAN COMMISSION** 2020: EU and 16 WTO members agree to work together on an interim appeal arbitration arrangement (WTO Dispute Settlement, 24.01.2020), Davos (<https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2106>, 04.09.2020).
- GAO, HENRY** 2020: Data Governance in Trade Agreements: Three Digital Kingdoms (Präsentation an UNESCAP, 23.04.2020), o.O. (<https://www.unescap.org/sites/default/files/Session%206%20Toward%20a%20%20digital%2C%20Data%20Governance%20in%20Trade%20Agreements%20Three%20Digital%20Kingdoms-Henry%20Gao.pdf>, 04.09.2020).
- GLOBAL TRADE ALERT** 2020: Tackling Coronavirus: The Trade Policy Dimension, St. Gallen: Swiss Institute of International Economics and Department of Economics, University of St. Gallen (<https://www.globaltradealert.org/reports/50>, 04.09.2020).
- LU, XIANKUN** 2019: China's Perspectives on WTO Reform, Adelaide: Institute for International Trade (<https://iit.adelaide.edu.au/news/list/2019/11/26/chinas-perspectives-on-wto-reform>, 04.09.2020).
- O'DELL, JOHN S.** 2000: Negotiating the World Economy, Ithaca und London: Cornell University Press.
- O'NEILL, JIM** 2001: Building Better Global Economic BRICs (Global Economics Paper, Nr. 66), o.O.: Goldman Sachs Economic Research Group.
- O'NEILL, JIM/WILSON, DOMINIC/PURUSHOTHAMAN, ROOPA/STUPNYTSKA, ANNA** 2005: How Solid are the BRICs? (Global Economics Paper, Nr. 134), o.O.: Goldman Sachs Economic Research Group.
- ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG** 2020: COVID-19 und der internationale Handel: Herausforderungen und Maßnahmen, (https://read.oecd-ilibrary.org/view/?ref=135_135556-ujmjnyxmg&title=COVID-19-UND-DER-INTERNATIONALE-HANDEL-HERAUSFORDERUNGEN-UND-MASSNAHMEN, 04.09.2020).
- PAUWELYN, JOOST** 2019: WTO Dispute Settlement Post 2019: What to Expect? What Choice to Make? o.O. (https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3415964, 04.09.2020).
- TRILATERAL MEETING OF THE TRADE MINISTERS OF JAPAN, THE UNITED STATES AND THE EUROPEAN UNION [TRILATERAL MEETING]** 2020: Joint Statement, 14.01.2020, Washington, D.C. (https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2020/january/tradoc_158567.pdf, 04.09.2020).

UNITED STATES TRADE REPRESENTATIVE 2020: 2020 Trade Policy Agenda and 2019 Annual Report of the President of the United States on the Trade Agreements Program, Washington, D.C. (https://ustr.gov/sites/default/files/2020_Trade_Policy_Agenda_and_2019_Annual_Report.pdf, 04.09.2020).

WORLD ECONOMIC FORUM 2015: The High and Low Politics of Trade: Can the World Trade Organization's Centrality be Restored in a New Multi-Tiered Global Trading System? Genf (http://www3.weforum.org/docs/WEF_GAC15_The_High_Low_Politics_Trade_WTO_Centrality_report_2015.pdf, 04.09.2020).

WORLD TRADE ORGANIZATION 2008: News item from the July 2008 Geneva Ministerial: Day 4: Ministers talk numbers till late but breakthrough remains elusive, o.O. (https://www.wto.org/english/news_e/news08_e/meet08_summary_24july_e.htm, 04.09.2020).

WORLD TRADE ORGANIZATION 2020: World Trade Statistical Review 2020, Genf.

DER AUTOR

PROFESSOR PETER DRAPER

Geschäftsführender Direktor des
Instituts für Internationalen Handel
an der Universität von Adelaide



BISHERIGE AUSGABEN

Alle Ausgaben sind kostenlos abrufbar unter www.sef-bonn.org



GLOBALE TRENDS.ANALYSEN 01|2020

Die Zukunft der nuklearen Rüstungskontrolle:
Zeit für ein Update
Angela Kane und Noah Mayhew
Juni 2020; 31 Seiten

Rüstungskontrolle wurde nach der Kubakrise zu einem integralen Bestandteil der globalen Sicherheitsarchitektur. Doch im Jahr 2020 leben wir in einer anderen Realität.

Angela Kane und Noah Mayhew kritisieren in GLOBALE TRENDS.ANALYSEN 01|2020, dass sich die Rüstungskontrolle weiterhin an der Vergangenheit orientiert. Sie fordern ein Update: Neue globale Herausforderungen – insbesondere sich rasch verändernde geopolitische Verhältnisse und neue Technologien – müssten berücksichtigt werden. Darüber hinaus müsse das Silodenken in der Debatte über Rüstungskontrolle überwunden werden.



GLOBALE TRENDS.ANALYSEN 02|2019

Konfliktprävention durch die UN.
Den Anspruch verwirklichen
Adriana Erthal Abdenur
Dezember 2019; 27 Seiten

Gewaltsame Konflikte zu verhindern ist das zentrale Anliegen der Charta der Vereinten Nationen. Doch bisherige Versuche, Konfliktprävention durch die UN umzusetzen, waren nur begrenzt erfolgreich. Wie kann Prävention effektiver gestaltet werden? Damit befasst sich Adriana Abdenur in den GLOBALE TRENDS.ANALYSEN 2|2019. Sie sieht den Schlüssel in verbesserten Methoden der Risikobewertung – unter Einbezug neuer Technologien, in einer stärkeren Vernetzung der drei Säulen Frieden/Sicherheit, Entwicklung und Menschenrechte sowie in dem entschiedenen Eintreten für Konfliktprävention auf politischer Ebene.



GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 01|2019

Mobilität von Arbeit vs. Kapital:
Eine Global-Governance-Perspektive
Stuart Rosewarne & Nicola Piper
März 2019; 27 Seiten

Die Mobilität von Menschen hat einen positiven Effekt auf die globale Wirtschaftsleistung. Eine international anerkannte Governance-Architektur wie für die Liberalisierung des Handels und der Finanzmärkte gibt es für Migration jedoch nicht. Die Herausforderung liegt darin, das Entwicklungspotenzial internationaler Migration zu fördern und zugleich die nationale Souveränität zu wahren, ohne dabei Menschenrechte zu verletzen.

In GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 01|2019 beschreiben Stuart Rosewarne und Nicola Piper diese Herausforderung als „Versicherheits-Liberalisierungs-Paradoxon“, das sich auch in den Flüchtlings- und Migrationspakten der Vereinten Nationen widerspiegelt. Sie fordern einen erweiterten Blick auf Migration, insbesondere ein besseres Verständnis ihrer unterschiedlichen Formen, und einen rechtsbasierten Ansatz in der Migrationspolitik.



GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 03|2018

Die globale Flüchtlingskrise:
Wie eine gerechte Antwort aussehen könnte
B.S. Chimni
Juli 2018; 32 Seiten

Mit dem Bestreben, Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten von ihren Territorien fern zu halten, entziehen sich die westlichen Nationen ihrer historischen und politischen Verantwortung, so die Analyse des renommierten indischen Migrationsforschers B.S. Chimni in GLOBALE TRENDS. ANALYSEN 03|2018. Und nicht nur das: indem sie es den armen und ärmsten Ländern der Welt überlassen, mit der steigenden Zahl an Flüchtlingen umzugehen, lassen sie es zu, dass neue Krisenherde entstehen.

Chimni fordert deshalb eine gerechte Antwort der internationalen Gemeinschaft auf die globale Flüchtlingskrise. Diese könne nur in einer mehrgleisigen und mehrdimensionalen Strategie bestehen, die im Dialog aller Akteure und unter Berücksichtigung aller relevanten wirtschaftlichen und politischen Faktoren erarbeitet werden müsse.



Globale Trends. Analysen

untersuchen gegenwärtige und künftige Herausforderungen einer globalisierten Welt vor dem Hintergrund langfristiger politischer Trends. Die Reihe widmet sich Fragen von hoher politischer Relevanz für künftige Entwicklungen auf regionaler oder globaler Ebene. GLOBALE TRENDS. ANALYSEN deckt ein breites Themenfeld in den Bereichen Global Governance, Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung, Weltwirtschaft und Weltfinanzsystem, Umwelt und natürliche Ressourcen ab. Die Reihe zeichnet sich durch Perspektiven aus verschiedenen Weltregionen aus.